



An die
BI Lüchow-Dannenberg

Dannenberg, 21. Januar. 2025

Fragen Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

+ Wie werden Sie sich in der Energiepolitik positionieren? Bleibt es beim Atomausstieg, der ja auch die wichtige Voraussetzung für einen konsensualen Neustart der Endlagersuche war?

Wenn Deutschland ein Industriestandort bleiben soll, benötigen wir dringend ein Mehr an dauer verfügbarer Energie. Unsere sommerlichen Überkapazitäten wie auch unsere winterliche Importabhängigkeit sind zu einer schweren Belastung für den europäischen Energiemarkt und die deutsche Europapolitik geworden.

Die enormen Schwankungen können nur durch neue grundlastfähige Kraftwerke ausgeglichen werden. Dabei denke ich vor allem an wasserstofffähige Gaskraftwerke. Eine Wiederinbetriebnahme der zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke wäre aus meiner Sicht nur dann zu rechtfertigen, wenn dies technisch machbar wäre und sie spürbar zur Entlastung der Verbraucher und Unternehmen beiträgt. Erste Signale aus der Energiewirtschaft deuten nicht darauf hin, dass dies der Fall wäre. Insofern sehe ich es wie unser Kanzlerkandidat: Das Thema Kernenergie ist entschieden.

+ Werden Sie am Standortauswahlgesetz und dem jetzigen wissenschaftsbasierten Endlagerauswahlverfahren festhalten?

Ich halte das mit dem Standortauswahlgesetz verbundene Verfahren für den vielversprechendsten Weg, um in dieser schwierigen Frage einen gesamtgesellschaftlichen und überregionalen Konsens zu finden. Insofern sehe ich keine Veranlassung, von dem eingeschlagenen Weg abzurücken.

+ Setzen Sie sich auch dafür ein, dass es für die verlängerte Zwischenlagerung einen Begleitprozess aller Standorte und -regionen geben soll?

Die betroffenen Regionen sollten in der Debatte über die Laufzeitverlängerung in jedem Fall Gehör finden. Hier würde ich auch die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten und damit mich selbst in der Pflicht sehen.

+ Stimmen Sie mit uns überein, dass es bis zu einer Endlagerung keine Transporte hochradioaktiver Abfälle geben sollte?

Ja, der Atommüll sollte jeweils dezentral am Entstehungsort zwischengelagert werden.

+ Was halten Sie von unserer Forderung, dass bei der Neugenehmigung der Ist-Zustand, also die Beschränkung auf 113 Stellplätze, die Grundlage für alle Sicherheitsberechnungen sein sollte?

Eine solche Beschränkung halte ich durchaus für sinnvoll. Die Neugenehmigung sollte keinen Anlass für weitere Transporte in Richtung Gorleben schaffen.